

Walter Bajohr

Der deutsche Irrweg

Wohin führt der „deutsche Weg“? Als Bundeskanzler Schröder Anfang August auf ihn als Richtunggeber seiner Politik gegenüber Amerika verwies, sprach er ein heikles Wort trotzig aus. Sicher, es ist Wahlkampf. Aber wusste er, was er sagte? Fast möchte man wünschen, dass nicht. Dann könnte man es zwar immer noch nicht auf sich beruhen lassen, aber es bliebe letztlich folgenlos.

Leider spricht alles dafür, dass der Wahlkämpfer Schröder genau wusste, was er tat. Nicht nur, weil führende SPD-Politiker seither ebenfalls den „deutschen Weg“ bemühen. Sondern auch, weil ihre Bereitschaft, den Begriff ohne Zögern zu übernehmen, darauf schließen lässt, dass es dafür Bedarf gab. Und damit wird das Ganze zu einem Ernstfall.

Entkleidet man den Vorgang von allen Überhitzungen und Nervositäten, wie sie einem Wahlkampf mit unerwünschtem Verlauf geschuldet

sind, tritt ein Denkmodell zu Tage, das nichts weniger als eine Neuorientierung deutscher Politik bedeuten würde. Warum hat Schröder nicht von deutschen Interessen gesprochen, die es zu vertreten gilt? Das wäre nicht nur legitim, sondern selbstverständliche Pflicht eines Bundeskanzlers. Vielleicht deshalb, weil es zu selbstverständlich wäre? Deutsche Interessen zu vertreten heißt immer auch Abgleich und Ausgleich mit anderen Interessen zu einem anschließenden gemeinsamen Nutzen. Wer einen „deutschen Weg“ proklamiert, hat aber weder Abgleich noch Ausgleich im Sinn. Ein „deutscher Weg“ ist stets ein Sonderweg. Er grenzt aus – und führt geradewegs in die Isolation.

Das alles ist nicht neu, aber man wähnte es für überwunden. Nicht nur, dass seit Oskar Lafontaines Abtritt von der politischen Bühne die regierenden Sozialdemokraten eine bemerkenswert nüchterne Bündnisverantwortung an den Tag legten

und spätestens mit dem Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo auch die gefürchteten heißen Zonen tätiger Solidarität betreten haben. Vor allem die deutsche Haltung nach dem 11. September, namentlich die des Bundeskanzlers, fest an der Seite Amerikas stehen und einen eigenen – nicht nur europäischen – Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus leisten zu wollen, galt als Beleg, dass die Zeiten antiwestlicher Tändeleien vorbei seien.

Und jetzt plötzlich doch wieder ein „deutscher Weg“, der keinesfalls der amerikanische sein soll und offenbar auch kein europäischer ist? War das, was wir in den Monaten nach dem 11. September gehört, gelesen und erlebt haben, doch nur Camouflage, die jetzt der Wahlkampfnot geopfert wurde? Wer den erstaunlichen Brief von hundert deutschen Linksintellektuellen an die amerikanischen Unterzeichner eines im Februar erschienenen Manifests gegen den Ter-

rorismus zur Kenntnis genommen hat, kann nicht sehr überrascht sein. Sie formulierten bereits im Mai, was jetzt der Kanzler mit Blick auf einen möglichen Einsatz gegen Irak offen aussprach: Nicht mit uns!

Man kann über Sinn und Erfolgsaussichten eines Feldzugs gegen Saddam unterschiedlicher Meinung sein, ohne die Bündnissolidarität auszuhebeln. Was aber Sorge bereiten muss, ist die Tonlage, in der die Distanzierung von Amerika vorgebrachten wird. Die deutschen Linksintellektuellen haben mit ihrem Verdict eines „amerikanischen Fundamentalismus“ und „deutscher Unterwürfigkeit gegenüber der übermächtigen und einzigen Supermacht“ alle Ressentiments bedient, die im linken Milieu besonders gut gedeihen. Doch etwas hat sich verändert: Es ist nicht mehr wie in früheren Zeiten eine Sozialistische Internationale, die sich dergestalt zu Wort meldet. Dieser Antiamerikanismus hat ein nationalistisches Strickmuster.

Nach dem maßlosen Staunen über den sang- und klanglosen Zusammenbruch des Sozialismus fanden Anfang der neunziger Jahre relativ rasch die Vertreter einer „Neuen Rechten“ ihre Sprache wieder, denen der

deutsche Sonderweg ein nationales Bedürfnis war und die nun die Gelegenheit gekommen sahen, das wieder vereinte Deutschland neu zu positionieren. Die „deutsche Mittellage“, die vor allem machtpolitisch verstanden wurde, war der argumentative Dreh- und Angelpunkt, um den herum der national betonte Kurs weg von Europa hin zu einer kontinentalen Großmacht mit ungeteilter Souveränität führen sollte. Das war zwar nicht aggressiv gemeint, zielte aber gleichwohl auf Abgrenzung. Denn in diesem Nationalkonstrukt werden Grenzen wieder wichtig.

Die mangels Zuspruch zum Glück folgenlosen Träumereien der „Neuen Rechten“ machten sie jedoch unversehens zu Teilverbündeten der heimatlos gewordenen Linken. Denn ironischerweise trafen sie sich in einem im Keim antiwestlichen, weil bündnisfeindlichen und zugleich unverändert antiamerikanischen Affekt. Während die „Neue Rechte“ an geistiger Dürre einging und ihre intellektuellen Köpfe seither ein eher freudloses Dasein fristen, vollzieht sich bei den Linken ein anhaltender Adoptionsprozess, bei dem alte Denkschemata mit überraschenden Inhalten gefüllt werden. Die Entdeckung von Nähe,

Heimat und Nation gehört ebenso dazu wie die Enttabuisierung von Themen wie Vertreibung oder Kriegsverbrechen an Deutschen.

Der linke Nationalismus, der auf den Trümmern der alten Weltordnung zu sprießen beginnt, findet Nahrung in Anti-globalisierungs- und Anti-modernisierungsaffekten. Gepaart mit den überkommenen pazifistischen Grundierungen, entspringt daraus jene moralische Arroganz, mit der sich aus vermeintlich sicherer Insellage weltweit Noten verteilen lassen. Dass Europa dabei auch schon nicht mehr vor kommt, muss erst recht bestürzen. Es ist wohl so: Auch hier wird Ausgrenzung wieder wichtig.

Ein deutscher Sonderweg kann nicht in eine gediehliche Zukunft führen, wohl in neue Katastrophen. Gerade deshalb ist der Weg der europäischen Einigung alternativlos. Gerade deshalb ist die Westbindung, die ohne den transatlantischen Bezug keinen Sinn macht, die Grundvoraussetzung eines gesicherten Friedens. Und gerade deshalb ist es mehr als leistungsfertig, „deutsche Wege“ ins Spiel zu bringen, wo es auf Gemeinsamkeit ankäme. Sonderwege werden immer Irrwege bleiben.